Auszug

aus der

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer hohen

Rechts- u. Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität
Halle—Wittenberg.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Vorgelegt von

Friedrich Albrecht Fiedler

aus

Alikendorf, Kreis Ballenstedt.

Halle a. S. 1921.

Die Organisationsentwicklung in der Papier erzeugenden Industrie

Vorliegende Arbeit befasst sich mit der Entwicklung der Konzentrationsbewegung in der Papier erzeugenden Industrie. Die merkwürdige Tatsache, dass vor dem Kriege in dieser Industrie das Prinzip des freien Wettbewerbs schrankenlos herrschte, und dass alle Versuche, einen Zusammenschluss herbeizuführen, mit einer einzigen Ausnahme scheiterten, während heute diese Industrie eine hervorragend ausgebaute Organisation besitzt, hat zu der Arbeit den tieferen Anlass gegeben.

Im ersten Kapitel wird die Lage der Industrie vor dem Kriege kurz geschildert; sie war ausserordentlich kritisch. Infolge einer starken Ueberproduktion, die hauptsächlich durch die Ausdehnungsbestrebungen der Grossbetriebe der Zellstoffindustrie auf die Papiererzeugung hervorgerufen war, erfolgten so gewaltige Preisrückgänge, dass viele Betriebe nur noch mit Verlustpreisen arbeiten konnten. In schrankenlosem Konkurrenzkampf suchte eine Fabrik die andere vom Markt zu verdrängen, durch vollste Ausnutzung der Maschinen suchte man die Produktion zu verbilligen; die Folge war, dass bei dem verstärkten Angebot die Preise weiter fielen; fast die Hälfte sämtlicher Papierfabriken gesellschaftlicher Form verteilte vor dem Kriege keine Dividende. Alle Versuche, durch einen Zusammenschluss der dieselben Papiersorten herstellenden Fabriken Einfluss auf die Preise zu gewinnen, scheiterten — von einer einzigen Ausnahme

abgesehen — teils gänzlich, teils vermochten sie keine Bedeutung zu erlangen; die Gründe dafür waren einmal allgemeiner Natur, dann aber lagen sie auch in der Natur des Produkts begründet. Der einzige Zusammenschluss von wirklich dauernder Bedeutung vollzog sich in der Druckpapierindustrie, wo es nach anfänglichen Misserfolgen im Jahre 1900 gelang, ungefähr 80% aller Druckpapierfabriken im „Verband deutscher Druckpapierfabriken" zusammenzuschliessen, einem strafforganisierten Syndikat, dem sowohl die Preisfestsetzung als auch der Vertrieb des Papiers unterstand. Sind also von dieser einen Ausnahme abgesehen, wirklich lebensfähige und einflussreiche Formen industrieller Organisation vor dem Kriege in der Papiermacherei nicht festzustellen, so war doch ein blühendes Vereinswesen vorhanden. Abgesehen von kleineren Fachvereinen waren die Papiermacher im „Verein deutscher Papierfabrikanten" zusammengeschlossen, der die Interessen der Industrie gegenüber Oeffentlichkeit, Behörden und anderen Industrieverbänden vertrat, ohne aber in die Marktverhältnisse einzugreifen.

Im zweiten Kapitel werden die im Kriege entstandenen, privaten Organisationen behandelt. Sie entstanden im Laufe des Jahres 1916, als die Regierung daran ging den Unterschied in der Währung der verschiedenen Länder nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln. Da sie zur Festlegung der Ausfuhrpreise der Mitarbeit der Industrie bedurfte, schlossen sich die dieselben Papiersorten herstellenden Fabriken zu Fachgruppen (Konventionen, Preisvereinigungen) zusammen, die bald sowohl an Zahl als auch an Bedeutung sehr zunahmen. Die Geschäftsführung der Fachgruppen wurde 1918 mit der des Vereins vereinigt, und so war eine einflussreiche, einheitliche Vertretung geschaffen, die durch geschickte Leitung und Zusammenarbeit mit den Behörden der Industrie hervorragende Dienste geleistet hat. Zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der Papier-, Pappen- und Papierstofferzeuger gegenüber Oeffentlichkeit und Behörden — haupt-

sächlich gegenüber den letztern — wurde im März 1918 der „Zentralausschuss der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie" errichtet; seine volle Bedeutung erlangte dieser Zentralausschuss erst nach dem Kriege.

Das dritte Kapitel handelt von den amtlichen Organisationen. Es sind von vorn herein scharf zu trennen diejenigen Massnahmen, die von der Kriegsrohstoffabteilung ausgingen und sich auf alle Papiersorten ausser Druckpapier erstreckten, von den Massnahmen des Reichsamts des Innern, die Druckpapier einer scharfen Bewirtschaftung unterstellten. Da die mit der Bewirtschaftung des Druckpapiers zusammenhängenden amtlichen Massnahmen schon in der 1920 in Klausthal erschienenen Abhandlung des Herrn Doktor Pöppinghaus: „Die deutsche Zeitungsdruckpapierindustrie und ihre fortschreitende Organisation" eine eingehende Behandlung erfahren haben, wird auf sie in der Arbeit nur soweit eingegangen, wie es zum Verständnis des Ganzen nötig ist. Mit der wachsenden Bedeutung der Papiermacherei als kriegswichtige Industrie (Nitrier- Spinnpapier) hatte die Regierung ein steigendes Interesse an der Sicherstellung der von der Industrie benötigten Rohstoffe. Zu diesem Zwecke rief die Kriegsrohstoffabteilung im Mai 1916 den „Papiermacher-Kriegsausschuss" ins Leben, dessen Tätigkeit für die Papiermacherei von grösster Bedeutung geworden ist. Er gliederte sich in Arbeitsausschüsse und Kommissionen und befasste sich mit allen die Papiermacherei angehenden Fragen hauptsächlich Rohstoffbeschaffung. Für die Holzversorgung errichtete die Kriegsrohstoffabteilung im Juni 1916 eine besondere Organisation: „Die Papierholzbeschaffungsstelle", deren Aufgabe es war, das aus den besetzten Gebieten des Ostens anfallende Papierholz den Fabriken zuzuführen. Dass Druckpapier eine besondere amtliche Regelung erfuhr, erklärt sich hauptsächlich aus dem ausserordentlichen Interesse der Regierung an dem gesicherten Erscheinen der Presse. Da die Presse die im Kriege erfolgenden Preissteigerungen des Druckpapiers nicht

ertragen zu können glaubte, musste die Regierung für billiges Druckpapier sorgen; das geschah durch Zuführung billigen Papierholzes an die Druckpapierfabriken seitens der „Reichsstelle für Papierholz", an die die Bundesstaaten und das Reich die benötigten Papierholzmengen zu einem sehr niedrigen, amtlich festgesetzten Uebernahmepreis liefern mussten, und die den Druckpapierfabriken die auf sie entfallende Holzmenge zuwies. Die „Reichsstelle für Druckpapier" setzte auf Grund der Berechnungen der Reichsstelle für Papierholz die Preise für Druckpapier vierteljährlich fest. Als Verbindungsglied zwischen Papiermacher-Kriegsausschuss und dem auf Seiten der Papierverarbeiter ihm entsprechenden „Reichsausschuss für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung" wurde im Frühjahr 1917 die „Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs" bestellt, die sich die Behandlung aller der Papiererzeugung und Verarbeitung gemeinsamen Fragen zur Aufgabe machte und sehr nützliche Arbeit geleistet hat. Ihr war es zu verdanken, dass die Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels 1917/18 energisch aufgenommen wurde; Preisprüfungsstellen und amtliche Verordnungen über den Handel mit Papier, Karton und Pappe dienten diesem Zweck. Die Regelung der Ein- und Ausfuhr geschah durch die dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung unterstellte „Zentralstelle für Ausfuhrbewilligungen der Papierindustrie", deren Leitung die Geschäftsführung des Vereins deutscher Papierfabrikanten übernahm.

Die im vierten Kapitel behandelte Entwicklung nach dem Kriege brachte ein neues Element in die Organisationsbewegung hinein: Die Arbeitnehmer. Die Bedeutung des „Arbeitgeber-Verbandes der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie", und der „Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach" wird hervorgehoben. Im Uebrigen sind in der Nachkriegszeit zwei grosse Gesichtspunkte für die Organisationsentwicklung massgebend: 1) Abbau der amtlichen Organisationen, bzw.

ihre Umwandlung in Selbstverwaltungskörper der Industrie, 2) Ausbau der privaten Organisationen. Dank einer sehr geschickten Politik wurden beide Ziele erreicht. Im Juni 1919 übertrug das Reichswirtschaftsministerium, dem seit März 1919 die gesamten das Papierfach betreffenden Fragen unterstanden, die Funktionen des Papiermacher-Kriegsausschusses dem Zentralausschuss und damit der Selbtverwaltung der Industrie; hierdurch erst erlangte der Zentralausschuss seine volle Bedeutung, und seitdem ist er die berufene Vertretung der Halb- und Ganzstoffindustrie gegenüber Oeffentlichkeit und Behörden. Die Regelung der Ein- und Ausfuhr ging zu ungefähr derselben Zeit vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung auf die vom Reichswirtschaftsministerium errichtete „Aussenhandelsstelle" über, die zwar ebenso wie der Zentralausschuss der Oberaufsicht des Reichswirtschaftsministeriums unterstand, in ihrer Tätigkeit jedoch von den Organen der Selbstverwaltungskörper geleitet wurde. Mit der satzungsgemäss erst am 31. Mai 1920 erfolgten Gründung des „Gesamtausschusses der Fachgruppen" der aber in loser Form schon jahrelang bestanden hatte, fand die Konzentration in der Papier erzeugenden Industrie ihren vorläufigen Abschluss. Die Bestrebungen, eine einheitliche Vertretung des gesamten Papierfachs zu schaffen, sind heute noch nicht erloschen. Doch bestehen auf Seiten der Industrie schwere Bedenken gegen die bei dem „Reichsausschuss für das deutsche Papierfach" vorgesehene Mitwirkung der amtlichen Stellen, in der eine Vorstufe der Sozialisierung gesehen wird. Es bedarf noch einer gründlichen Umarbeitung der Satzung des zukünftigen Reichsausschusses, um die Bedenken der Industrie zu beseitigen.

ZWALD LUTHER, HADMERSLEBEN.